

# SPD-Kiespolitik ohne Mehrheit

**Zur Grundsatzdebatte geriet erwartungsgemäß am Montag in der Kasseedorfer Gemeindevertretung eine Stellungnahme zum neuen Landschaftsrahmenplan: Am Kiesabbau schieden sich die Geister. Eine Mehrheit bildete das bürgerliche Lager, das sich gegen einen weiteren Abbau von Kies in Stendorf aussprach.**

## Sagau

Achim Krauskopf

Formell geht es – wie bereits ausführlich berichtet – um ein Areal in Stendorf, das im Entwurf des Landschaftsrahmenplanes dem Kiesabbau vorbehalten werden soll. Die SPD war bereit, dies zu akzeptieren, wobei von Bürgermeisterin Bettina Hagedorn über die Fraktionsvorsitzende Regina Voß bis zur Vertreterin Ute Scharf betonten, dass mit einem Vorbehaltsgebiet noch keine Entscheidung für Kiesabbau getroffen werde.

Vorbehalt bedeute, dass dieses Kiesvorkommen künftigen Generationen bewahrt werden solle, sagte Hagedorn. Da das Stendorfer Kieswerk

noch 15 bis 30 Jahre brauchen werde, bevor sein Standort erschöpft sei, werde sich die Frage nach weiterem Kiesabbau in Stendorf lange nicht stellen.

Er sei auch nicht bereit, diese Abwägung jetzt zu treffen, entgegnete der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Niels Schwarz. „Das ist eine irrealer Diskussion, die nur unnötige Emotionen weckt.“ Vor diesem Hintergrund sprach Niels Schwarz von einem „unanständigen Druck“, der „von außen“ auf die Gemeindevertreter ausgeübt worden sei.

Die Entscheidung werde in der Gemeinde fallen, wenn ein konkreter Abbauantrag vorliege, aber nicht mit der Ausweisung einer Vorbe-

haltsfläche im Landschaftsrahmenplan. CDU und WUB-Vertreter hatten im Vorfeld der Sitzung eine gemeinsame Stellungnahme zum Thema Kiesabbau entworfen, die mit einer Stimme Mehrheit verabschiedet wurde.

Darin wird auf einen Widerspruch im Entwurf des Landschaftsrahmenplanes hingewiesen, der aus der geplanten Schaffung eines Naturverbundsystems im Schwentinetal und der gleichzeitigen Vorbehaltsfläche für Kiesabbau resultiere. Das Land, das den Landschaftsrahmenplan verabschieden wird, wurde deshalb aufgefördert, die Kies-Vorbehaltsfläche zu streichen.

Im Gegenzug soll, so WUB und CDU, in den Landschaftsrahmenplan die Formulierung aufgenommen werden, dass die Gemeinde über den Flächennutzungsplan an an-

deren Stellen in der Gemeinde Kiesabbau ermöglichen kann. Hintergrund ist die in den Reihen von CDU und WUB vorhandene Bereitschaft, einer Firma den Abbau von einer Millionen Kubikmetern Kies in der Gemarkung von Griebel zu ermöglichen.

Ein seit 1997 laufendes Antragsverfahren der Firma Wilschewsky zum Kiesabbau in Griebel, das im Jahr 2000 von einem ablehnenden Urteil des Verwaltungsgerichtes begleitet wurde, ergänzte die Gemeindevertretung am Montagabend mit dem Versagen des Einvernehmens. Obwohl sich in der aktuellen Gemeinde-

vertretung bei WUB und CDU eine Mehrheit für den Kiesabbau in Griebel abzeichnete, versagte die Vertretung einmütig ihr Einvernehmen – weil sie andernfalls ihren eigenen Flächennutzungsplan missachten würde.

*Die Vertretung  
folgte ihrem  
eigenen  
Flächennutzungsplan*